

ZENAF Arbeits- und Forschungsbericht (ZAF)

Nr. 1 / Februar 1994

**Hans-Jürgen Puhle, Kurt L. Shell, Söhnke Schreyer, Ulrike
Fischer, Rüdiger Wersich**

**Probleme der Institutionalisierung des Multikulturalismus
in den USA**

Copyright (C) by Ulrike Fischer,
Hans-Jürgen Puhle, Söhnke Schreyer,
Kurt L. Shell, Rüdiger Wersich

Zentrum für Nordamerika-Forschung
Center for North American Studies
Johann Wolfgang Goethe-Universität

Münchenerstr. 48
60329 Frankfurt a. M.

Tel.: (069) 798 8521/22

Federal Republic of Germany

Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	3
Multikulturalismus und der amerikanische consensus Hans-Jürgen Puhle	5
Probleme der Institutionalisierung des Multikulturalismus Diskussionsbeitrag von Kurt L. Shell	29
Anmerkungen zum Verhältnis von » <i>Multiculturalism</i> « und » <i>Liberalism</i> « in den USA Diskussionsbeitrag von Söhnke Schreyer	33
Probleme der Institutionalisierung von Multikulturalismus im Politikfeld der Erziehung Diskussionsbeitrag von Ulrike Fischer	43
Multikulturalismus im Bildungsbereich: Afrozentrismus Diskussionsbeitrag von Rüdiger Wersich	49

Anmerkungen zum Verhältnis von »Multiculturalism« und »Liberalism« in den USA

Diskussionbeitrag von Söhnke Schreyer

»Die multikulturelle Gesellschaft entzweit«, so Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid in ihrem Buch *Heimat Babylon*, und »obwohl niemand so genau sagen kann, worin sie besteht, gibt es entschlossene Befürworter ebenso wie entschiedene Gegner.«¹ Diese Einschätzung scheint nicht nur im Zusammenhang der deutschen Diskussion einen zentralen Problempunkt anzusprechen. In der amerikanischen Multikulturalismusdebatte ist eine, vordergründig vielleicht sogar die wichtigste »Entzweiung« um die Frage des Verhältnisses von Multikulturalismus und liberaler Demokratie zentriert. Nicht nur, daß gegen multikulturelle Forderungen interessanterweise auch von konservativen Kritikern liberale Argumente (Individualismus, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit etc.) angeführt werden. Zu den »entschiedenen Gegnern« einer multikulturellen Gesellschaft oder zumindest eines "radikalen Multikulturalismus" gehören darüberhinaus eine Reihe von - nach eigenem Selbstverständnis - amerikanischen Liberalen. Mit großem Nachdruck warnen sie als Hüter der westlich-liberalen Tradition vor den Gefahren einer Auflösung der amerikanischen Gesellschaft unter dem Einfluss der neuen subversiven, partikularistischen Ideologie. Liest man die liberalen Kritiken im Kontext der radikal anmutenden Rhetorik einiger Exponenten der akademischen Linken in den USA, entsteht der Eindruck, daß es tatsächlich um nicht weniger geht als die Frage der Vereinbarkeit einer liberalen Demokratie westlicher Prägung und einer kulturell diversen, offenen und emanzipierten Gesellschaft. Es ist vermutlich nicht notwendig zu exemplifizieren, mit welchem Pathos im einzelnen die Stellungnahmen vorgetragen werden. Auf ein prominentes Beispiel, auf das ich im Zuge der weiteren Argumentation gelegentlich zurückgreifen werde, will ich jedoch verweisen: den vielbeachteten Essay Arthur M. Schlesingers, *The Disuniting of America. Reflections on a Multicultural Society*, in dem er unter dem Banner des *E pluribus unum* zur Verteidigung der amerikanischen Gesellschaft und deren politischen und sozialen Institutionen antritt.² Gegen wen? Jedenfalls nicht, wie es der Titel des Buchs nahelegt, gegen die Verfechter der Idee einer multikulturellen Gesellschaft.

(1) Daniel Cohn-Bendit, Thomas Schmid, *Heimat Babylon*. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, ²1993, S.14.

(2) Arthur M. Schlesinger, *The Disuniting of America. Reflections on a Multicultural Society*, New York, London, 1991.

Die folgenden Überlegungen zum Verhältnis von »*American liberalism*« und der (als solche bezeichneten) Ideologie des »*multiculturalism*« in den USA, die auch die Frage nach Schlesingers eigentlichem Gegner mitklären sollen, sind quer zu der skizzierten Konfliktachse angelegt. Aus der Perspektive des von Cohn-Bendit und Schmid angedeuteten blinden Flecks der Debatte wird argumentiert, daß die Polarisierung zwischen 'Liberalen' und 'Multikulturalisten' - insoweit es sich um Liberale und Multikulturalisten handelt - die weitreichenden Gemeinsamkeiten im liberalen und multikulturellen Programm ausblendet. Das offensichtliche und bisher doch kaum aufgeklärte Konfliktpotential der Idee einer multikulturellen Gesellschaft begründet nicht nur das erstaunliche, häufig emotional stark aufgeladene Interesse am Thema und dessen Vermarktbarkeit, sondern bietet auch breite Flächen für neue/alte Feindbildprojektionen. Inhaltlich zugespitzt könnte dagegen hier die These lauten: Eine liberale Gesellschaft ist immer multikulturell, eine multikulturelle Gesellschaft immer liberal. Wie weit diese These im Hinblick auf die amerikanische Debatte trägt, will ich im folgenden an einigen strukturellen Überlegungen überprüfen, die darüberhinaus eine Perspektive auf die Frage eröffnen, welche Möglichkeiten der Institutionalisierung einer multikulturellen Gesellschaft sich bieten. Die skizzierte Argumentation ist nicht ganz so exzentrisch, wie auf den ersten Blick scheinen mag. Beispielsweise Reed Way Dasenbrock hat bereits in einem 1991 in der Zeitschrift *Dissent* veröffentlichten Artikel darauf hingewiesen, daß die Verteidiger der *Western Tradition* in den USA wie deren Kritiker übersehen, daß "die" *Western Tradition* nicht monokulturell, sondern immer schon nur multikulturell interpretierbar ist: »*I am not sure whether the misreading by the "defenders of the West" or by the multiculturalists is more remarkable*«, so Dasenbrock, »... for, when looked at with a modest effort of imaginative accuracy, *Western culture is itself an example of multiculturalism.*«³ Dasenbrocks Argumentation ist auf der kulturellen Ebene meiner, die sich aus die politische Ebene konzentriert, sehr ähnlich. An dieser Stelle kann auch erstmals Schlesinger als Kronzeuge bemüht werden. Gegen Ende seines Essays zeigt Schlesinger teils ironisch amüsiert, teils selbst erstaunt auf, daß die Kritiker der *Western Tradition* die Instrumente der Kritik aus ebendieser gewinnen, mithin die Idee des Multikulturalismus auf die *Western Tradition* fundiert ist.⁴ Eine Reflexion dieser Einsicht auf die eigene Position unternimmt Schlesinger allerdings nicht.

(3) Reed Way Dasenbrock, *The Multicultural West*, in: *Dissent* (Fall 1991), S.550-55.

(4) So bemerkt Schlesinger: »*One of the oddities of the situation is that the assault on the Western tradition is conducted very largely with analytical weapons forged in the West*«; vgl. Schlesinger (Anm. 2.), S.124.

Um die Fronten der Argumentation aufzulockern, scheint es zunächst hilfreich, den Begriff der multikulturellen Gesellschaft wenigstens ansatzweise negativ abzugrenzen. Auf den ersten Blick kann der Begriff aufgrund gleichzeitiger Unterbestimmung und Überfrachtung unbrauchbar anmuten, sodaß selbst Cohn-Bendit und Schmid ihre Zweifel an dessen Verwendbarkeit anmelden. Ich teile dieses Unbehagen, glaube aber auch, daß die Diskussion der Gründe für die Skepsis ein Stück weiter helfen kann: Erstens, so wiederum Cohn-Bendit und Schmid, legt der Begriff der multikulturellen Gesellschaft die unrealistische Alternative einer monokulturellen Gesellschaft nahe. Realiter geht es aber nicht um das "Ob" einer multikulturellen Gesellschaft, sondern nur das "Wie".⁵ Hier wird die Bedeutung der Frage nach den Möglichkeiten einer Institutionalisierung sichtbar. Zweitens besteht das Problem einer ethnischen, rassischen oder nationalistischen Verkürzung der Interpretation des Begriffs, die unter anderem zu spiegelverkehrten Homogenitäts- und Identitätsunterstellungen auf beiden Seiten führt. Doch *Black Americans* bilden ebensowenig wie *Hispanic*, *Asian* oder *White Americans* kompakte, durch die jeweils eine Identität konsolidierte Sozialgruppen. Die Idee der Kompaktheit dieser Gruppen spiegelt nur die gesellschaftliche Praxis unterschiedsloser Diskriminierung. Hochproblematisch wird die ethnisch-rassisch-nationalistische Verkürzung, wenn drittens der Begriff zusätzlich noch kulturalistisch verengt wird. Ausgeblendet wird dann zum einen der sozioökonomische Problemhaushalt. In dieser Hinsicht ist Michael Walzer zuzustimmen, der anmerkt, »[that] *there are more important questions that Americans have to answer, having to do with economic decline, growing inequality, the condition of the underclass. Against that background, the debate over multiculturalism is almost a diversion*«. ⁶ Zum anderen werden die jeweils "intra" kulturellen Differenzen von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und generell von den jeweiligen Normen abweichenden Verhaltensmustern übersehen.

Vor dem Hintergrund der drei genannten Probleme der Begriffsbestimmung läßt sich auch das Problem von Schlesingers Argumentation verdeutlichen. Schlesingers Rhetorik, das wird schon auf den ersten Seiten seines Essays deutlich, richtet sich gegen Nationalisten und Ethnozentristen, die vermuteten akademischen Quasi-Serben im amerikanischen Bildungsbetrieb. Ohne weitere Umstände werden aber im Laufe der Argumentation Feministinnen, Homosexuelle, Lesbierinnen, »lookism«- und »ableism«-Gegner, christliche und andere Fundamentalisten wie Agnostiker zwischen die vielfältigen "ethnischen", "rassischen" oder "nationalen"

(5) Cohn-Bendit, Schmid (Anm. 1.), S.14/15.

(6) Michael Walzer, *What It Means To Be An American*, New York, 1992, S.17.

Identitäten gestreut und mitabgefertigt. Nur an einer Stelle fällt bei Schlesinger eine beiläufige Beinah-Differenzierung zwischen Multikulturalismus einerseits und Ethnozentrismus und Nationalismus andererseits auf: »*Multiculturalism*«, so Schlesinger, »*arises as a reaction against Anglo- or Eurocentrism; but at what point does it pass over into an ethnocentrism of its own? The very word, instead of referring as it should to all cultures, has come to refer only to non-Western, nonwhite cultures.*«⁷ Wenngleich die Abgrenzung zwischen Multikulturalisten und Ethnozentristen im Einzelfall ähnlich schwierig sein mag wie die zwischen Liberalen und Nichtliberalen, legen die Begriffe selbst oder vielmehr die Begriffsbestandteile in ihrer jeweiligen Kombination die Unabweisbarkeit einer grundsätzlichen Unterscheidung nahe.

Fragt man nun zuerst nach dem multikulturellen Gehalt des Liberalismus, stellt sich zunächst das Problem, was mit Liberalismus bzw. welcher Liberalismus gemeint ist? Ich will nur darauf hinweisen, daß ich nicht das Modell eines liberalen Nachwächterstaates zugrundelege, den es auch in den USA nie gegeben hat, sondern das eines modernisierten liberalen Staats, modernisiert durch die Extensivierung und Intensivierung der demokratischen Komponente (Universalisierung der politischen Beteiligungsrechte und Herausbildung des Sozial- und Interventionsstaats).⁸ Überraschenderweise spielt im Fall der USA diese Orientierung auf "moderne" liberale Gesellschaften für die Punkte, die ich hier machen will, keine große Rolle. Der erste Punkt zielt auf die Frage, wieviel gesellschaftliche Pluralität ein liberaler Rahmen tragen und welcher Raum sozialen Gruppen zugemessen werden kann. In dieser Hinsicht sehe ich nach wie vor das Prinzip der religiösen Toleranz als den wichtigsten Modellfall. Heute mag die soziale Realisierung von Religionsfreiheit nicht mehr als beeindruckende Leistung erscheinen, insofern Religion als soziokultureller Bestimmungs- und Unterscheidungsfaktor viel von seiner Bedeutung

(7) Schlesinger (Anm. 2.), S.74.

(8) Die angedeutete Unterscheidung zwischen verschiedenen Varianten meint hier nicht die von Charles Taylor vorgeschlagene Unterscheidung zwischen einem prozeduralistischen (eigentlich strikt auf individualisierte Rechte fundierten und damit normativistischen) Liberalismus (Liberalism 1) und einem auch kollektive ethische Ziele zulassenden Liberalismus (Liberalism 2); vgl. hierzu Charles Taylor, *The Politics Of Recognition*, in: Amy Gutmann (ed.), *Multiculturalism And "The Politics of Difference"*, Princeton (N.J.), 1992, S.25-73. Fraglich ist, ob eine solche Dichotomisierung überhaupt sinnvoll ist; vgl. hierzu Jürgen Habermas, *Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat*, in: Amy Gutmann (Hg.), *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt a.M., 1993, S.147-96 und Charles Taylor, *Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus*, in: Axel Honneth (Hg.), *Kommunitarismus: eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt a.M., 1993, S. 103-30. Hier geht es vielmehr um die Frage, ob individuellen Eigentumsrechten (klassischer Liberalismus) oder weiter gefassten, politischen, sozialen und kulturellen Bürgerrechten im Konfliktfall die Priorität gegeben wird.

verloren hat. Historisch verhält sich das anders. Drastische aktuelle Beispiele für das mögliche Maß soziokultureller Differenz, daß unter diesem liberalen Grundprinzip organisiert werden kann, bieten in den USA Amish, Quäker, Mormonen und häsidische Juden, deren Lebensstil teilweise noch stark von den gesellschaftlichen Standardmustern abweicht. Deutlich wird an den Beispielen aber auch, daß die etwa von Diane Ravitch vorgeschlagenen Zusätze und Ergänzungen der »common culture«, obwohl sie multikulturellen Vorstellungen bereits sehr weit entgegenkommt, kaum die Grenzen dessen markieren, was in einer liberalen Gesellschaft möglich ist.⁹

Der zweite Punkt zielt auf die Frage, inwieweit sich die Ausdifferenzierung in sozial heterogene Gruppen in einen liberalen Rahmen politisch auffangen und umsetzen lässt. Im Anschluss an James Madison und das Federalist Paper Nr. 10 gibt es eine schnelle Antwort: Politische Prozesse unter der Voraussetzung individueller Freiheit sind immer Gruppenprozesse und je heterogener und diverser das Spektrum, desto besser. Das schwerwiegendste Problem, das Madison benennt, ist die Gefahr einer Majorisierung von Minderheiten. Die Antwort auf dieses Problem ist nun nicht, wie auch immer abgegrenzte, partikulare Interessen durch das Repräsentationsverfahren auszuschalten. Vielmehr werden sie in den politischen Prozess hineingezogen und in verschiedene Auffangbecken kanalisiert: »*The smaller the society, the fewer probably will be the distinct parties and interests composing it; the fewer the distinct parties and interests, the more frequently will a majority be found of the same party; and the smaller the number of individuals composing a majority, and the smaller the compass within which they are placed, the more easily will they concert and execute their plans of oppression. Extend the sphere, and you take in a greater variety of parties and interests; you make it less probable that a majority of the whole will have a common motive to invade the rights of other citizens.*«¹⁰ Doch im liberal-demokratischen Prozess stehen Gruppen der unterschiedlichsten Provenienz nicht nur auf der Input-, sondern auch auf der Output-Seite. Wenn Fabrikanten, Farmer, Fischer und kubanische Flüchtlinge vom Staat, kontrolliert durch demokratische Zustimmungsbedingungen, unterstützt werden können, gibt es keinen Grund, dies wie auch immer soziokulturell definierten Gruppen prinzipiell zu verweigern. Zynisch wäre es insbesondere, den in einem "liberalen" System historisch negativ diskriminierten

(9) Vgl. den Aufsatz von Diane Ravitch, Diversity in Education, in: Dialogue 95 (1992) 1, S.39-47 (reprinted from The American Scholar 59 (1990) 3). Allerdings hält Ravitch strikt am Konzept einer »common culture« fest, ohne den liberalen Gehalt der Idee einer »culture of cultures« zu prüfen.

(10) James Madison, Federalist Paper No. 10 zitiert nach The Federalist, ed. by Jacob E. Cooke, Middletown (Conn.), 1961, S.63/64.

Gruppen staatliche Unterstützung heute mit der Begründung vorzuenthalten, positive Diskriminierung sei illiberal.¹¹ Nicht weniger wichtig als der Aufweis des breiten Raums, den eine liberale Gesellschaft den unterschiedlichsten Gruppen politisch und sozial zugestehen kann, ist es aber, den Preis für die Absicherung von soziokultureller Differenz zu benennen, im oben gewählten Beispiel die Aufgabe weltlicher Herrschaftsansprüche der Kirchen. Damit entsteht die Möglichkeit von politischen Eingriffen in die Kultur partikularer Gruppen. Die häufig propagierte Idee der Neutralität einer liberalen Politik kann dabei nur bedingt als Leitvorstellung akzeptiert werden. Weder die positive Garantie von freier Religionsausübung, noch die Durchsetzung politisch-ethischer Grundstandards kann im strikten Sinne als neutral gelten. An diesem Punkt könnte ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Liberalen und Multikulturalisten vermutet werden. Dem stehen jedoch nach meiner Einschätzung die multikulturellen Ansprüche und Forderungen entgegen.

In der umgekehrten Diskussion des liberalen Gehalts des Multikulturalismus scheinen ungeachtet der inhaltlichen Unklarheit darüber, was Multikulturalismus oder eine multikulturelle Gesellschaft eigentlich sein kann oder soll, zumindest einige Antworten nicht weniger offensichtlich. Zunächst will ich darauf hinweisen, daß die Struktur des Begriffs "multikulturelle Gesellschaft" der des von den amerikanischen Liberalen hochgehaltenen Slogans "*E pluribus unum*" exakt entspricht. In beiden Fällen werden Vielfalt und Einheit einander in der Weise zugeordnet, daß Vielfalt in der Einheit und durch die Einheit erhalten wird. Zweitens geht die "multikulturelle Bewegung", insoweit man im Singular von einer solchen sprechen kann, historisch-genetisch auf urliberale Anliegen zurück. Zum einen auf die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die liberale Grundrechte gegen einen illiberalen Staat und eine illiberale Gesellschaft durchzusetzen versuchte. Zum anderen auf das aus der Pädagogik kommende Programm des Erlernens interkultureller Kommunikation. Wieviel ist von diesem liberalen Hintergrund im gegenwärtigen Multikulturalismus noch zu finden? Nimmt man *difference* oder *otherness* als multikulturelle Grundkategorien,¹² so folgt sofort, daß ungeachtet der

(11) Liberale *hard core*-Traditionalisten sollten darüberhinaus bedenken, daß beispielsweise für Thomas Jefferson ein Kompensations- und Subventionsprogramm ein unabdingbares Begleitinstrument für die Emanzipation der Sklaven darstellte. Was für Jefferson vorstellbar war, kann im 20. Jahrhundert nicht den Rahmen des Möglichen sprengen.

(12) Zu der über das »*difference*«- (oder »*différance*«-) Konzept vermittelten Kontinuität von "postmodernem" und multikulturalistischem Gedankengut siehe Andreas Huyssen, *The Fate of Difference: Pluralism, Politics, and the Postmodern*, in: *Amerika Studien* 38 (1993) 2, S.303-11. Huyssen deutet zudem an, daß er ebenfalls einen engen inhaltlichen Zusammenhang zwischen *postmodern pluralism, multiculturalism* und »*old-style Western liberal humanism*« sieht; ebd., S.311.

postmodern verbrämten Rhetorik ein universaler Norm- und Wertrahmen vorgegeben wird. Die Anerkennung von *difference* und *otherness* ist nicht nur ein Universalismus, auf den auch der liberale Individualismus fundiert ist, sondern macht auch sehr weitgehende Forderungen gegen partikularistische Ansprüche von *sameness* geltend. Damit will ich darauf hinweisen, daß Multikulturalismus als Programm nicht nur partikulare Kulturen anerkennt und schützt, sondern gleichzeitig auch in diese eingreift, zumindest insofern die Anerkennung von *difference* und *otherness* von jeder Kultur gefordert wird. Tatsächlich gehen die Eingriffe aber sehr viel weiter; so weit, daß aus der Sicht bestimmter partikularer Kulturen von einem multikulturellen Kultur- und Moralimperialismus gesprochen werden könnte.

Das reflexive Problem des Multikulturalismus wird durch das bereits angesprochene Mißverständnis von Kultur als Phänomen kompakter Sozialgruppen verdeckt, also beispielsweise durch die ethnische Verkürzung. Doch eine neuerliche, kategorische *sameness*-Unterstellung würde multikulturalistische Ansätze nicht nur theoretisch konterkarieren.¹³ Angesichts der Bandbreite der in der amerikanischen Diskussion unter dem multikulturellen Programm artikulierten Differenzen und emanzipatorischen Forderungen lässt sich eine solche Verkürzung auch politisch nicht halten. Liberale Kritiker ironisieren gerne, wie Christina Hoff Sommers in einem Artikel über eine Women's Studies-Konferenz in der *New Republic* im Oktober 1992, die durchgreifende Dynamik des *difference*-Syndroms; im Beispiel, daß sich Frauen als Gruppe wiederum nach ethnischen Gesichtspunkten ausdifferenzieren, dann wieder nach sexueller Orientierung, nach exogenen und endogenen Partnerschafts-

Wählt man demgegenüber das Verlangen nach Anerkennung und Respekt vor der "Kultur" spezifischer, z.B. "ethnischer" Gruppen als Ausgangspunkt, scheint auf den ersten Blick die Logik des multikulturellen Programms eine ganz andere Wendung zu nehmen. Doch illiberal wird ein solcher, gruppenbezogener Ansatz nur, wenn von Gruppenzwangsmemberschaft ausgegangen, die individuelle Wahlfreiheit "kultureller" Gruppenzugehörigkeit verweigert wird. Ganz ungeachtet des Problems der Realisierbarkeit eines solchen Konzepts in den USA, stellt sich dann aber wiederum die Frage, inwieweit die mit der Zwangszuschreibung von "Identität" implizierte Mißachtung anderer "Identitäten" wie der Kulturformen anderer (nicht-ethnischer) Gruppen noch als "multikulturell" zu bezeichnen ist. Da nicht kulturelle Differenzen als Ansatzpunkt gewählt werden, wäre im Sinne von »*truth in advertising*« beispielsweise "*polyzentrischer Ethnokorporatismus*" ein angemesseneres Label.

- (13) Paradigmatisch die Kritik von Barbara Herrnstein Smith an dem Buch *Cultural Literacy* von E. D. Hirsch: »... *all activities that Hirsch classifies as "communications" and sees as duplicative transmissions that presuppose sameness - "common" knowledge, "shared" culture, "standardized" associations - are, in fact, always ad hoc, context-specific, pragmatically adjusted negotiations of (and through) difference. We never have sameness; we cannot produce sameness; we do not need sameness*«. Vgl. Barbara Herrnstein Smith, *Cult-lit: Hirsch, Literacy, and the "National Culture"*, in: *South Atlantic Quarterly* 89 (Winter 1990) 1, S.69-88; hier S.73. Herrnsteins *difference*-Postulat unterminiert in der explizierten Form natürlich jede Fiktion von Kompaktheit bzw. *sameness*.

beziehungen, nach Alter, Gewicht, Allergien und so weiter.¹⁴ Das Amüsement unbenommen, ist dieses Beispiel jedoch vor allem geeignet, die intrakulturelle Sprengkraft des Multikulturalismus zu verdeutlichen, die aus der Universalisierung von *difference* und *otherness* resultiert. Wer aber diesen Grad von Ausdifferenzierung innerhalb einer Gesellschaft durchsetzen will, kann dies theoretisch wie praktisch nicht ohne einen entsprechend starken gesellschaftlichen Konsens. Ich will diesen Punkt nicht weiter vertiefen, nurmehr festhalten, daß die Forderung der politischen Organisation und Absicherung von soziokulturellen Differenzen auf das Ausgangsproblem des Liberalismus zurückführt, wengleich historisch auf einer höheren Ebene der Ausdifferenzierung.¹⁵

Versucht man die Ergebnisse der kurzen, ansatzweisen Diskussion einiger wichtiger Elemente von Liberalismus und Multikulturalismus in den USA zu pointieren, kann zunächst festgehalten werden: der Multikulturalismus ist ein universalistisches Programm, das keine Differenz mehr ausschliesst, der Liberalismus ein partikularistisches, das alle Gruppen einschliesst. Jedenfalls fast. Interessanterweise konvergieren jedoch auch die mit dem Wort *fast* angedeuteten Residualkategorien des multikulturell wie liberal Nicht-Integrierbaren. Die eigentlichen Gegner, mit und gegen Schlesinger, sind illiberale Monokulturalisten, Ethnozentristen, (Kultur-)Fundamentalisten und Nationalisten, ob prä-, post- oder einfach nur modern. Eine erste, vordergründig paradoxe Folgerung hieraus ist, daß der Multikulturalismus in den USA gerade deswegen so kontrovers wirkt, weil er in genuiner Form an das liberale Programm anschliesst und dies radikalisiert. Ohne den Appeal des soziokulturellen »*pursuit of happiness*« auch für Angehörige von historisch benachteiligten Gruppen hätte der Multikulturalismus in den USA keinen Fuß in der Tür zur gesellschaftlichen Inklusion und könnte ignoriert werden. Ethnoseparatistische oder rassistische Programme finden in den USA nicht einmal unter ihren Adressaten (augenscheinlich unter *white males* mehr noch als unter anderen Gruppen) nennenswerte Resonanz, wengleich die Rhetorik im einzelnen tiefsitzende Ressentiments bedient.¹⁶ Die durch den Rückgriff auf (theoretisch-

(14) Christina Hoff Sommers, *Sister Soldiers*. Live from a Women's Studies conference, in: *The New Republic* (October 5, 1992), S.29-33.

(15) Das Ausgangsproblem des Liberalismus formuliert John Rawls, *Political Liberalism*, New York, 1993, S.4 folgendermaßen: »*How is it possible for there to exist over time a just and stable society of free and equal citizens, who remain profoundly divided by reasonable religious, philosophical, and moral doctrines?*«

(16) Schlesinger (Anm. 2.), S.129-33 verweist selbst darauf, wie wenig Anziehungskraft separatistische Ideen gegenwärtig ausüben, ohne daraus allerdings Konsequenzen zu ziehen. Ähnlich Kurt L. Shell, *Die Herausforderung der amerikanischen Identität durch die Entwicklung von alternativen Kulturen*, in: *Amerika Studien* 36 (1991) 4, S.531-44; hier insbesondere S.541.

rhetorisch) anerkannte Werte bedingte Potenz der Forderung nach soziokultureller Pluralität bedingt die Virulenz multikultureller Forderungen und provoziert und erklärt den teilweise massiven Widerstand. Die Geschichte der USA ist nicht auf eine »*liberal tradition*« zu verkürzen, eher schon auf die Geschichte eines immer nur verkürzten Liberalismus. Sozialmoralische Traditionsbestände, ob religiös, kulturell, ethnisch, nationalistisch oder rassistisch verankert, haben auch in den USA in einseitiger Weise bestimmt, was Jürgen Habermas relativ vorsichtig als die »*ethische Imprägnierung*« von Recht und Politik durch die historisch kontingente Zusammensetzung des Staatsvolks beschreibt.¹⁷ Nur aus dieser Perspektive lässt sich das Kulturkampfklima der Multikulturalismusdebatte fassen und einordnen. Während die nichtliberalen Grundlagen konservativer Kritiken zumeist durch die dünne Decke argumentativer Anleihen im liberalen Arsenal scheinen, ist eine solche »*ethische Imprägnierung*« auch bei liberalen Kritikern ersichtlich. In Anlehnung an Schlesinger hat Samuel Beer in einem kürzlich publizierten Buch mit dem programmatischen Titel: »*To Make A Nation*« deutlich gemacht, daß nicht genuin liberale Bedenken, sondern - in der Terminologie Herbert Crolys - die »*national idea*« die Einwände gegen den Multikulturalismus motiviert.¹⁸ Der Standpunkt des handlungsfähigen Staats auf nationaler Ebene, so wünschenswert dieser aus einer modern-liberalen Perspektive in vielerlei Hinsicht ist, berührt jedoch weder liberale Essentials, noch ist er in den USA unumstritten. Zudem verfehlt er den Impetus des Multikulturalismus.

Die zweite Folgerung betrifft die Frage der Institutionalisierbarkeit auf der politischen Ebene. Das Madisonsche System der »*checks and balances*« versucht partikulare Interessen über territoriale Ansatzpunkte in den Willensbildungsprozess zu integrieren und dann in einem stark ausdifferenzierten, deliberierenden Prozess zu verarbeiten. Problematisch ist mit Blick auf die unter dem Multikulturalismus-Label artikulierten Interessen weniger die deliberative Komponente, sondern das

(17) Habermas (Anm. 8), S.164.

(18) In Anlehnung an Schlesinger führt Samuel Beer, *To Make A Nation*, Cambridge (Mass.), London, 1993, S.18/20 aus: »*None of these conflicts in nation-building is ever wholly terminated. Sectionalism still flares up from time to time ... So also does class struggle. Similarly today, the cleavages between ethnic groups that boiled up with new bitterness in the 1960s are far from being resolved. ... In the name of "multiculturalism", activists claiming to speak for black and other ethnic groups have revived the ideal of segregation in a new form. In their rhetoric the metaphor of the "melting pot", in which the various ethnic identities are assimilated into an American identity, is rejected in favor of a "mosaic society" in which the old identities are preserved and made central to the social, economic, and political life of those sharing them.*« Man sollte sich allerdings von Samuel Beer daran erinnern lassen, daß in den USA historisch die Durchsetzung einer modernen liberalen Gesellschaft und der Emanzipation einzelner Gruppen eng mit der Schaffung und Stärkung des »*national government*« verbunden ist.

Territorialprinzip, das, angesichts des immensen Zuwachses der U.S. Bevölkerung, deren Mobilität und zumeist breiten Streuung, in Kombination mit dem Mehrheitswahlverfahren zur Unterrepräsentation von Minderheiten führt. Die Einschaltung von Proportionalwahlverfahrenelementen wäre unter den heutigen Bedingungen dem Madisonschen System kongenialer. Doch entsprechende Reformen im institutionellen Gehäuse scheinen zumindest auf nationaler Ebene kaum realistisch. Plausiblere Alternativen bieten gegenwärtig äquivalente Maßnahmen im weicheren Unterbau, den Parteien und Verbänden. Tatsächlich sind in diesem Bereich bereits zahlreiche Initiativen durchgesetzt worden, sodaß der Eindruck entstehen kann, die Diskussion halte nicht mit der Praxis Schritt. Vor allem die Demokratische Partei, um ihre "multikulturelle" Koalition zusammenzuhalten, hat von innerparteilichen Arbeitsgemeinschaften über Quoten in der Delegiertenauswahl bis hin zu Proporzelementen in den »*presidential primaries*« eine Reihe von Instrumenten ausprobiert. Die Republikanische Partei hat aufgrund ihrer ethnisch wie ethisch enger ausgelegten Basis größere Schwierigkeiten, die häufig beschworenen Idee eines »*big tent*« und damit der Mehrheitsfähigkeit auf nationaler Ebene institutionell zu abzusichern. »*Affirmative Action*« auf Regierungs- und Justizebene ist jedoch auch unter republikanischen Präsidenten schon Routine. Kritikern, denen dies nicht weit genug oder aber schon zu weit geht, kann nicht ohne weiteres generell widersprochen werden. Doch ihnen ist entgegenzuhalten: So wie sich die Liberalen mit dem Faktum zunehmender Multikulturalität anfreunden müssen, müssen sich Multikulturalisten damit abfinden, daß das liberale Programm theoretisch wie praktisch die besten verfügbaren Ansätze bietet. Dies könnte zumindest den Ausgangspunkt für eine fruchtbare, hinsichtlich der konkreten Ergebnisse von "beiden" Seiten offen gehaltenen Debatte bilden.